

Annoncen-Annahme-Bureau:
 3. Posten außer in der Expedition dieser Zeitung (Wöchentlich 10.)
 bei G. J. Krieger & Co.
 Breitestraße 14.
 In Gnesen bei Th. Spindler,
 in Glogau bei F. Streifand,
 in Breslau bei Emil Habelh.

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureau:
 In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. J. Krieger & Co., —
 Gauselstein & Vogler, —
 Rudolph Wasse.
 In Berlin, Dresden, Oestrich beim „Invalidenbank.“

Nr. 479.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 12. Juli
 (Erscheint täglich drei Mal.)

Preis 30 Pf. die 10 Bogen. Die 10 Bogen kosten 3 Mark. Die 10 Bogen kosten 3 Mark. Die 10 Bogen kosten 3 Mark.

1876.

Amstisches.

Berlin, 11. Juli. Der König hat dem ersten Pfarrer Vertelsmann zu Arnberg und dem Rechnungsrath Bloch im Finanzministerium den Rothen Adler-Orden 3. Kl. mit der Schleife, dem General-Majore der Armee, Fleck, den Rang als General-Lieutenant verliehen. Den Geh. Finanz-Rath und vort. Rath im Finanzministerium, Rüdorff, zum Geh. Ober-Finanz-Rath; den Reg.-Rath Dr. von Brünneck in Hannover zum Amtshauptmann ernannt.

Bei der Realschule zu Ostrode am Harz ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Wilhelm Ahrens zum Oberlehrer genehmigt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Δ Berlin, 12. Juli. Unter den Nachrichten über das politische Ergebnis der Kaiser-Konferenz in Reichstadt ist wie glaubwürdig versichert werden kann, diejenige des Wiener Telegraphen-Korrespondenzbureaus, in welcher gesagt wird, daß Oesterreich und Rußland im Prinzip der Nichtintervention übereinstimmen, sich aber vorbehalten, sobald die Kriegereignisse eine Entscheidung herbeiführt haben, mit allen christlichen Großmächten ein vertrauliches Einvernehmen herzustellen, die allein richtige. Auch die Nachrichten von allen übrigen Höfen stimmen mit dieser Lesart überein. Danach hat also die Kaiser-Konferenz in Reichstadt unzweifelhaft das Ergebnis gehabt, daß das Einverständnis zwischen Rußland und Oesterreich auch im gegenwärtigen Stadium von Neuem konstatirt ist und dies Ergebnis reicht hin, um die friedlichen Hoffnungen neu zu beleben. Vor der Zusammenkunft wurde vielfach betont, daß das Kaiserthum jetzt seine schwerste bisherige Probe zu bestehen habe, indem es als unvermeidlich betrachtet wurde, daß der Gegensatz der positiven Interessen Oesterreichs und Rußlands gerade gegenüber dem Vorgehen der Serben zu offenem Zwiespalt führen müsse. Diese Befürchtung wurde freilich in den leitenden Kreisen nicht getheilt. Jetzt ist aber durch eine neue Thatsache konstatirt worden, daß der feste Wille der Verständigung von Fall zu Fall auch im gegenwärtigen schweren Stadium der orientalischen Frage wiederum zu erfolgreicher Geltung gelangt ist. Diejenigen freilich, welche positive Resultate zur Lösung der orientalischen Frage oder auch nur zur Beilegung des serbisch-türkischen Krieges erwarteten, waren damit von vornherein im Irrthum. Nachdem die orientalische Frage in Folge der Stellung, welche England genommen und in Folge der Vorgänge in Konstantinopel dem Bereiche der gemeinsamen moralischen Einwirkung der Mächte entzogen und auf den Boden der tatsächlichen Entwicklung gestellt ist, kann sich die Macht des Drei-Kaiser-Bündnisses vor Allem nur darin bewähren, daß es ein einheitliches Eingreifen einer der Mächte verhindert, bis sich aus der tatsächlichen Entwicklung neue Grundlagen für ein gemeinsames Vorgehen ergeben haben. Je stärker nach der allgemeinen Auffassung für die russische Politik einerseits, für die österreichische andererseits die Versuchung zu selbstständigen Vorgehen jetzt zu sein scheint, desto bedeutsamer ist es, daß auch jetzt die Gesichtspunkte der europäischen Friedensgemeinschaft den Sieg davongetragen haben. Angesichts dieser Vorgänge wird die Bedeutung und die Macht der Drei-Kaiser-Politik offenbar auch an vielen Stellen, welche vor wenigen Wochen sehr geringfügig darüber aburtheilten, von Neuem vollumfänglich gewürdigt. — Der Minister des Innern hat sich gestern Abend nach Baden-Baden begeben und wird dort bis zu der am Donnerstag erfolgenden Abreise des Kaisers verweilen. Bei dieser Gelegenheit dürfte auch über das Kompetenzgesetz in der Gestalt, welche dasselbe durch die Beratungen im Landtage erhalten hat, Vortrag gehalten werden. Die Rückkehr des Ministers erfolgt Ende der Woche.

— Die „Nat.-Lib. Corr.“ äußert sich über den von uns mitgetheilten Brief des Landraths v. Knobloch wie folgt:

In diesem Briefe läßt sich Herr v. Knobloch auch näher über die Bedeutung der von ihm geplanten Partei sowie darüber aus, ob und in wie weit ein Landrath selbstständige Politik treiben darf. Was das erstere betrifft, so behauptet er, eine Partei im Auge zu haben, „auf die Fürst Bismarck sich stützen, nicht aber über die er kommandiren kann.“ In diesem Falle ist aber der Herr Landrath nicht allein mit der Wahl des Namens für seine Partei sehr unglücklich gewesen, sondern er hat sich auch eine höchst unnütze Mühe gemacht. Eine Partei, oder vielmehr eine parlamentarische Majorität, auf welche sich Fürst Bismarck in allen entscheidenden Fragen seiner Politik stützen kann, hat längst bestanden und wird, auch ohne die Güte des Herrn v. Knobloch ebenso in Zukunft bestehen. Wenn das Vorgehen des letzteren überhaupt eine praktische Wirkung erlangte, so könnte es nur die Auflösung von Verwirrung und Misträuen in der bisherigen Majorität sein. Wir meinen also, daß er im eigenen Interesse der Bismarck'schen Politik besser gethan haben würde, sich aus dem Dunkel, in welchem er nach seinem eigenen Zeugnis als Politiker bisher gelebt, nicht herauszubewahren. Was sodann den zweiten Punkt anlangt, so wird ihm Jedermann das Recht zugestehen, trotz seiner amtlichen Stellung als Landrath eine eigene politische Ansicht zu haben, und für dieselbe zu wirken; nur soll er dies nicht in seiner Eigenschaft als Landrath thun.

— Das „Deutsche Handelsblatt“ drückt das Urtheil des Professor Reuleaux über die deutsche Industrie in Philadelphia ab und begleitet es mit folgenden, bei der Stellung des Blattes besonders bemerkenswerten Zusätzungen:

„Sollte ein so schwerwiegendes, nahezu vernichtendes Urtheil wirklich zutreffend sein, was wir bis jetzt noch, d. h. bis zu dem Eintreffen weiterer und spezieller Nachweise, so gern bestritten möchten, so würde sich die zwingendste Nothwendigkeit ergeben, schleunigst eine recht ernste Einkehr bei uns selbst zu halten. Unsere Handelsbilanz mit ihrem Ueberwiegen der Einfuhr hat schon seit mehreren Jahren darauf verweisen lassen, daß wir dem Ausland nicht mehr so konkurrenzfähig gegenüber stehen, wie bis etwa zu den Jahren 1870/71, es hat auch nicht an Beschwerden der Industriellen gefehlt, welche die abnehmende Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie, zunächst nur für einzelne durch die ausländische Zufuhr besonders bedrohte Bran-

chen, hervorgehoben, die Ursachen dargelegt und bald dauernde, bald nur zeitweilige Abhilfsmittel vorge schlagen haben. Wir erinnern beispielsweise nur an die Eisenindustrie. Wenn indessen fast unsere gesamte Industrie im Rückschritt, oder sagen wir auch nur im Stillstand, was nahezu doch dasselbe wäre, begriffen sein sollte, so kann die Schuld nicht einzelnen Theilen, nicht den Arbeitgebern allein, auch nicht bloß den Arbeitern, ebensowenig den Gründungen oder der noch immer andauernden Krise, nicht dem Handel oder den Konsumenten für sich zuerkannt werden: dann würde vielmehr ein erhebliches Nachlassen in der produktiven (geistigen, sittlichen und physischen) Kraft unseres Volkes nach dem Kriege von 1870 zu konstatiren sein, mit dem dann auch unsere Gesetgebung zu rechnen hätte. Es wäre dann unserer Aller hochheiligste Aufgabe, einem dauernden Zurückweichen der Volkskraft so schnell als möglich vorzubeugen, um vor noch schlimmeren Erfahrungen bewahrt zu bleiben.

— Im Verlage von Fr. Kortkamp hier selbst erscheinen gegenwärtig die Verhandlungen der Reichsjustizkommission im Druck nach den Berichten eines Kommissionsmitgliedes. Aus dem bisher erschienenen ersten Theile, welcher die erste Sitzung der Strafprozeßordnung umfaßt, wollen wir für heute nach der „M. Z.“ den Hergang bei der Berathung eines Gegenstandes mittheilen, welche für die gesamte Presse höchwichtig ist und welcher den örtlichen Gerichtsstand bei Preßvergehen betrifft.

Die Kommission beschloß zu § 1 der Str.-P.-O. folgenden Zusatz: „So weit die Verantwortlichkeit des Verfassers, des Herausgebers, Verlegers und Druckers in Frage steht, so gilt eine Handlung, deren Strafbarkeit durch den Inhalt eines Preßzeugnisses begründet wird, nur als an demjenigen Orte verübt, an welchem das Preßzeugnis erschienen ist.“ — „Von Seiten der Vertreter der verbundenen Regierungen“, so heißt es wörtlich, „war das Bedürfnis nach der Erläuterung einer solchen Bestimmung bestritten worden, da die richtige Anwendung der generellen Bestimmungen des Entwurfs an sich schon den Richter dahin führen müßte, ausschließlich den Verlagsort als den Ort der begangenen That aufzufassen, und durch weitere faktische Bestimmungen nur die Gefahr von Verwicklungen herbeigeführt werde; die gegenwärtigen Wirkungen der Presse zu verkennen, liege den verbundenen Regierungen durchaus fern, doch erbeile eine freie Entfaltung der Presse keineswegs den Erlaß solcher Sonderbestimmungen, es genüge vielmehr, die Preßvergehen, was das Verfabren anlangt, einfach unter das gemeine Recht zu stellen, um der Presse den erforderlichen Rechtsschutz zu gewähren.“ — In der Kommission trat jedoch einstimmig die Anschauung hervor, daß der Gerichtsstand in Preßsachen der gesetzlichen Bestimmung bedürfe, was in dem Reichspreßgesetz nur darum unterblieben sei, weil man diese Frage als in die allgemeine Reichs-Strafprozeßordnung gehörig angesehen habe. Außerdem seien schon entgegen der Praxis des preussischen Obertribunals Entscheidungen preussischer Gerichte, beispielsweise in dem Falle des Herrn v. Gerlach, ergangen, worin ausgesprochen wurde, daß ein Preßzeugnis gegen den Autor, Verleger, Herausgeber und Drucker je den Ortes verfolgt werden könne, an welchem dasselbe zur Verbreitung gelangt sei. Dieser Gesetzeslegung entschieden entgegenzutreten, habe der Gesetzgeber volle Veranlassung. In Uebereinstimmung mit allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen sei klar auszusprechen, daß ein Preßvergehen an dem Orte als vollendet zu gelten habe, an welchem erstmals die Veröffentlichung erfolgt sei. Durch die Verbreitung des Zeugnisses an einem anderen Orte könne das Vergehen wieder erst vollendet, noch fortgesetzt werden, es könne vielmehr nur Wirkungen äußern, die nicht mehr zum Thatbestande des Deliktes gehören, mithin könnten auch an diesen auswärtigen Plätzen die Urheber des Preßzeugnisses nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Man hob ferner hervor, daß auch das Reichspreßgesetz den Grundsatz enthalte, daß das Forum bei Preßvergehen dort bestimme, wo das Preßzeugnis zuerst erscheint, daß auch die übrigen Preßgesetze wegen der eigentümlichen Natur der Preßvergehen besondere Bestimmungen über den Gerichtsstand für erforderlich erachtet haben, und daß bei entgegengesetzter Auffassung die Anklagebehörde so zu sagen freie Wahl haben würde, fast bei jedem Gerichte des deutschen Reiches ein Preßdelikt zu verfolgen. Weiter geltend gemachten Bedenken gegenüber wurde entgegengesetzt, daß bei ausländischen Preßzeugnissen die allgemeinen strafprozessualischen Bestimmungen vollständig ausreichen, und daß dieses auch der Fall sei, so weit die Verbreitung des Schriftstückes sich als ein selbstständiges gegen den Verbreiter zu verfolgendes Vergehen darstelle. Der Beschluß der Kommission in dieser für die Presse so höchwichtigen Angelegenheit ist um so bedeutungsvoller, als die Kommission hierin einstimmig war.

— Die fahrlässige Tödtung eines Menschen bei der Ausführung des Gewerbes kann nach § 222 des Strafgesetzbuches mit Gefängnis bis fünf Jahren bestraft werden. Im Anschluß an diese Bestimmung hat das Obertribunal in einem Erkenntnis vom 30. Mai d. J. ausgesprochen, daß es nach dem Geiste nicht darauf ankomme, ob der Thäter sein Gewerbe in bestimmter Weise erlernt hat oder nicht. Ein Gewerbetreibender ist unter allen Umständen zu derjenigen Aufmerksamkeit verpflichtet, welche erforderlich ist, um Unglücksfällen vorzubeugen. Fehlen ihm die Kenntnisse dazu, so hat er diesen Mangel durch Heranziehung Sachverständiger zu ersetzen. — Der dieselbe Ausspruch zu Grunde liegende Fall ist folgender: Ein Bauunternehmer in Magdeburg, der jedoch vom Baubauhandwerk nichts verstand und eigentlich ein gelernter Schlosser war, hatte den Abbruch eines Gebäudes übernommen, wobei eine alte Frau durch den Einsturz einer Wand ihren Tod fand. Der Bauunternehmer wurde demzufolge vom Stadtgericht und sodann vom Appellationsgericht zu Magdeburg wegen fahrlässiger Tödtung bei der Ausübung seines Gewerbes, indem er dabei diejenige Aufmerksamkeit aus den Augen gesetzt, zu der er vermöge seines Gewerbes besonders verpflichtet gewesen, zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. In der dagegen eingelegten Nichtigkeitsbeschwerde bezog sich der Angeklagte auf die Reichs-Gewerbeordnung, welche den Betrieb eines Baubauhandwerks nicht mehr von dem vorangegangenen Nachweise der dazu erlangten Befähigung abhängig macht. Das Obertribunal erachtete jedoch diesen Einwand für unbegründet und wies die Nichtigkeitsbeschwerde zurück. „Insbesondere“, führt das Erkenntnis des Obertribunals aus, „kann es nicht in Betracht kommen, daß die deutsche Gewerbeordnung den Betrieb eines Baubauhandwerks nicht mehr von dem vorangegangenen Nachweise der dazu erlangten Befähigung abhängig macht, da dieser Umstand den Gewerbetreibenden nicht von derjenigen Aufmerksamkeit, die erforderlich ist, um Unglücksfällen vorzubeugen, namentlich von der Pflicht entbindet, den Mangel der eigenen Kenntnisse nöthigenfalls durch Heranziehung Sachverständiger zu ersetzen.“

— Der 18. Kongress für innere Mission wird vom 5. bis 7. September d. J. in Danzig abgehalten werden. Dem Pro-

gramm entnehmen wir Folgendes: Am Vorabend des Kongresses, Montag, 4. September, Abends 7 Uhr, Begrüßung der Mitglieder im großen Saale des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses (an der Promenade). — Dienstag, 5. September, Vormittags 8 Uhr, Eröffnungsgottesdienst in der Oberpfarrkirche zu St. Marien. Predigt des Konistorialrath Meinde aus Danzig. Darauf erste Hauptversammlung Vormittags 10 Uhr in der Katharinenkirche; Verhandlungsthema: Was fordert die Gegenwart von uns, damit der Jugend unseres Volkes die Güter des Evangeliums bewahrt werden? (Referent Gymnasialdirektor Dr. Frid aus Rinteln.) — Um 3 Uhr gemeinsames Mittagessen. Um 5 Uhr Spezialkonferenzen: Die christliche Presse. (Referent Pastor Krummacker aus Brandenburg a. O.); die kirchliche Pflege der evangelischen Diaspora (Referent Pfarrer Sabatka aus Allenstein.) 8 Uhr, Abendgottesdienste von auswärtigen Geistlichen gehalten. 9 Uhr, gesellige Zusammenkunft. — Mittwoch, 6. September, Vormittags 8½ Uhr, Spezialkonferenzen: Die Dienstrechtsfrage (Referent Prediger Boie aus Danzig); die christliche Kunst (Referent Hofprediger und Garnisonpfarrer Frommel aus Berlin.) Nachmittags 4 Uhr, Spezialkonferenzen: Die Sonntagsfeier (Ref. Ober-Berwaltungsrath von Meyeren aus Berlin); die Fortbildungsschule (Referent Professor Freiherr v. d. Goltz aus Königsberg.) 8 Uhr, Abendgottesdienste, von auswärtigen Geistlichen gehalten. 9 Uhr, gesellige Zusammenkunft. — Donnerstag, 7. September, zweite Hauptversammlung Vormittags 8½ Uhr in der Katharinenkirche; Verhandlungsthema: Die großen Städte und das Evangelium (Referent Pastor Vant aus Berlin); — Berichterstattung aus den Spezialkonferenzen. 3 Uhr gemeinsamer Ausflug in die Umgegend. 8½ Uhr gesellige Zusammenkunft.

Königshütte, 9. Juli. Der Kaplan Sterba hat an die zu Ratibor tagende General-Versammlung der katholischen Vereine Schlesiens den nachstehenden Antrag gerichtet, auf dessen Behandlung in der Versammlung man neugierig sein kann:

In Erwägung, daß das Friedenschließen in dem kirchenpolitischen Kampfe, welcher gegenwärtig unser Vaterland und die deutsche Kirche heimucht, im Verlaufe unserer Centrumsfraktion, noch der katholischen Geistlichkeit, noch des katholischen Volkes, noch endlich unserer adeligen Damen liegt, — sondern lediglich Sache des heiligen Vaters und der hochw. Bischöfe ist;

in Erwägung, daß bei einer künftigen Vereinbarung mit der Staatsgewalt ebenso offenbar Niemand, von unseren Abgeordneten an bis zu den adeligen Damen herab, mitzubestimmen und mitzuentcheiden hat, was von dem Inhalt der bereits gegebenen und etwa noch zu gewärtigenden kirchenpolitischen Gesetze für die katholische Kirche akzeptabel ist oder nicht, — diese Bestimmung und Entscheidung vielmehr ebenfalls Sache einzig und allein des heil. Vaters und der hochw. Bischöfe ist;

in Erwägung, daß demnach der gegenwärtige Kampf sich lediglich als ein Kampf zwischen der Kirchen- und Staatsgewalt qualifizirt, an dessen Dauer, Ende und Resultat dem niederen Klerus und dem katholischen Laienthum eine andere als eine passive und neutrale Theilnahme nicht zusteht, derart, daß eine aktive Theilnahme vielmehr ein unbedingter Eingriff in die Rechte des Pontifikats und Episkopats sein würde;

in Erwägung ferner, daß nach allen Erfahrungen, das bisherige unbesiegte Eingreifen des niederen Klerus und des katholischen Laienthums in diesen Kampf, — sei es mittels der Vereine oder der Presse, oder auf dem Wege der Kammerdebatte, — naturgemäß und thatsächlich nur dazu geführt hat, den Kampf zu verlängern und den Konflikt zu verschärfen; die neutrale Masse durch Hereinsiehen in den Kampf unnötig aufzuregen, zu erbittern und dadurch in ihrer Lebensordnung zu stören, die staatliche Autorität und mit ihr zugleich die kirchliche im Volksbewußtsein bedenklich zu erschüttern; die Lage der Kirche zu verschlimmern, ihren Instituten schweren Abbruch zu thun und ihre heilsame Wirksamkeit zu lähmen und zu suspendiren; das Vaterland aber und unser Volk in der friedlichen Arbeit und Entwicklung zu unterbrechen und an seiner Ruhe und seinem Gedeihen nach Innen und an seinem Aufsehen nach Außen zu schädigen;

in Erwägung, daß ein anderes Resultat der katholischen kirchenpolitischen Agitation auch fernerhin durchaus nicht zu erwarten ist;

in Erwägung sodann, daß Vernunft und Gewissen gleicherweise dem katholischen Klerus und dem katholischen Laienthum Deutschlands gebieten, durch eine fernere nicht minder berechtigungslose und in ihren bisherigen Folgen durchaus verderbliche und gefährliche Partheinahme für und wider einen Kampf, bei welchem Vaterland und Kirche gleich sehr in Mitleidenchaft sind, nicht bis zur gegenseitigen Vernichtung zu treiben;

in Erwägung endlich, daß vielmehr unser Standpunkt, als Christen und Katholiken ebenso als die Vaterlandsliebe uns gebietet, in einem Konflikte zwischen den beiden von Gott gesetzten Faktoren der gesellschaftlichen Ordnung zur Versöhnung und zum Frieden mitzuwirken;

aus allen diesen Gründen beschließt die in Ratibor tagende Generalversammlung der katholischen Vereine Schlesiens:

1) alle katholischen Vereine, welche nicht ausschließlich geistlichen Zwecken dienen, sowie deren Generalversammlungen werden verlagt, bis der Friede zwischen der Kirchen- und Staatsgewalt in unserem Vaterlande wieder hergestellt ist;

2) jeder Katholik hat die heilige Pflicht, im Interesse des Friedens und der Versöhnung, in seinen Kreisen zur Beschwichtigung des Volkes und zur Wiedertehr ruhigerer Verhältnisse in unserem Vaterlande thätigkeit mitzuwirken;

3) bei den bevorstehenden Wahlen zum Reichs- und Landtage wird von kirchenpolitischen Parteiwahlen gänzlich abgesehen und sind die etwa wiedergewählt werdenden Abgeordneten der Centrumsfraktion dringend zu ersuchen, sich nicht als exklusive Fraktion zu konstituiren, um durch bedeutungslose Kammerdebatten die friedliche Annäherung zwischen Kirchen- und Staatsgewalt nicht zu erschweren;

4) die katholische kirchenpolitische Presse wird aus demselben Grunde aufgefordert, die schwebenden Streitfragen mit möglicher Mäßigung und Schonung zu behandeln;

5) die hochwürdigen Herren Bischöfe Deutschlands werden im heiligsten Interesse unserer bereits schwer geschädigten Kirche und des nicht minder mitleidenden Vaterlandes beschworen, beim heiligen Stuhle für den Frieden und die baldmöglichste Beendigung dieses unheilvollen Kampfes mit aller Entschiedenheit einzutreten.

Königshütte, am 8. Juli 1876.

Consl. Sterba, Kaplan von Altdorf.
 Der vorstehende Antrag steht im Wesentlichen auf demselben Standpunkte wie die Wahl-Erklärung des Kanonikus Küniger in Breslau, dem bereits Graf Matuschka zur Seite getreten ist, — ein Beweis, daß Küniger nicht so „einsam“ dasteht, wie die „Germania“ ihren

Defert vorzureden suchte. Wir sind überzeugt, daß der größte Theil der Geistlichen ebenso denkt wie Kanonikus Künzer und Kaplan Streba, daß sie aber eben tragen offen ihre Meinung auszusprechen. Natürlich werden sich die Ultramontanen alle Mühe geben, den obigen Antrag zu beseitigen, und zur Zeit wird es ihnen auch wohl gelingen. Indessen verliert der ultramontane Terrorismus immer mehr an Furchtbarkeit und es wird eine Zeit kommen, wo die Geistlichen ihn als Popanz verlassen werden.

Paris, 8. Juli. Die gestrige Sitzung der Deputirten-Kammer brachte einen förmlichen Zweikampf zwischen dem Bonapartisten Cassagnac und dem republikanischen Minister des Innern, de Marcère. Die Versammlung stand wiederum ganz unter dem Einflusse jener fieberhaften Erregung, die sich ihrer seit einigen Tagen augenscheinlich bemächtigt hat; fast jeder einzelne Satz der beiden Hauptredner wurde von der einen Seite mit donnerndem Beifall, von der anderen mit stürmischen Unwillensäußerungen aufgenommen, kurz, es handelte sich wiederum um eine jener Debatten, die das Interesse des sensationsbedürftigen Auditoriums in demselben Grade fesseln, in dem sie die Würde und das Ansehen der Volksvertretung schließlich schädigen müssen. Es liegt uns folgender Bericht vor:

Den Gegenstand der Verhandlungen bildet der Antrag der dritten Abtheilung auf Invalidirung der Wahl des Bonapartisten Peyrussi im Arrondissement von Auch. Das Mandat dieses Abgeordneten war durch die republikanische Majorität schon einmal für ungültig erklärt worden, angeblich wegen unzulässiger Beeinflussung der Wählerschaft. Die letztere hat das Verdict der Kammer nicht bestätigt, denn bei der jüngst vollzogenen Ersatzwahl siegte Peyrussi abermals. Trotz, oder vielleicht wegen dieses zweifachen Erfolges des bonapartistischen Kandidaten, beantragte die vorwiegend aus Mitgliedern der Linken bestehende 3. Abtheilung der Deputirtenkammer, welche das Mandat des neuen Abgeordneten zu prüfen hat, wiederum die Wahl zu invalidiren.

Als Vertheidiger seines Fraktionsgenossen Peyrussi nimmt zuerst Paul de Cassagnac das Wort, um sich namentlich über die ostensible Parteinahme des Ministeriums zu Gunsten des radikalen Kandidaten David zu beschweren. Obwohl David antireligiös sei und während der Kommune den Feinden der Regierung von Versailles angehört habe, sei er unter Ricard zum Maire von Auch ernannt worden; man habe den Marschall getäuscht, um seine Unterschrift zu erhalten. Der Premierminister Dufaure, der Davids Verhalten im Jahre 1871 entschieden brandmarkte, habe allerdings gar häufig seine politische Meinung geändert, um mit den Republikanern zu gehen, nachdem er Minister Louis Philippe's und Louis Napoleons gewesen sei. (Lärm.) — Der Präsident Herr Grévy erklärt, er könne das Haupt des Ministeriums in so ungerechter Weise nicht angreifen lassen. Das öffentliche Gewissen werde über diese Beschuldigungen richten. Cassagnac nimmt die Verweisung vor das Forum der öffentlichen Meinung an und weist auf die scharfen Ausdrücke hin, mit welchen Dufaure im Jahre 1871 die Sprache des Gemeinderaths von Auch, welcher die Immunität für die Kommune und die Auflösung der Kammer verlangt hatte, getadelt habe, nun sei aber David einer der Unterzeichner jenes Aktensüdes gewesen. Unbegreiflich sei es, wie der Mann, welcher im Jahre 1871 in Dufaure's Augen ein Vertheidiger der Kommune gewesen, Maire seiner Wahl werden konnte. Redner erörtert hierauf die Wahlvorgänge und bekämpft die Schlussfolgerungen des Ausschusses, welcher die Invalidirung beantragt. Cassagnac befaßt sich überhaupt über die Unzulässigkeit der republikanischen Partei. Die Minorität habe sich dem Gedanken der Versöhnlichkeit hingegeben, ihre Fahne... Rufe links: Die Fahne von Sedan! Cassagnac: „Die Fahne von Sedan ist mehr werth, als die rothe Fahne! Beifall auf der Rechten.“ Die gesamte Rechte steht aufrecht gegen den gemeinsamen Feind, die Republik! (Furchtbare Lärm links. Rufe: Zur Ordnung! Die Censur! Stürmischer Beifall rechts.) Der Präsident fordert den Redner auf, die Worte zurückzunehmen. Cassagnac weigert sich, sofern in seinen Worten keine Verletzung für das auch von den Bonapartisten hochverehrte Staatsoberhaupt liege. Der Präsident ruft ihn zur Ordnung und fügt hinzu, es sei unstatthaft, die Regierung anzugreifen, welche das französische Volk auf glänzende Weise durch die letzten Wahlen bestätigt habe. — Der Minister des Innern giebt in seiner Antwort Aufklärungen über Davids Ernennung zum Maire und fügt hinzu, daß dieselbe keinen Einfluß auf die Wähler gehabt haben könne; der Minister wolle nicht auf Cassagnac's Angriffe antworten; es genüge, es auszusprechen, man wolle sich zwischen das Ministerium und den Präsidenten der Republik einordnen. (Beifall auf der Linken, Lärm auf der Rechten.) Der Minister des Innern fährt fort, der Präsident der Republik stehe nicht auf Cassagnac's Boden, der Präsident habe die Republik angenommen, sich mit Männern umgeben, die von demselben Geiste erfüllt seien, wie er; wenn der Präsident seine Stellung behalten wolle, könne er nicht die Rathschläge derer annehmen, die ihn daraus vertreiben wollten. (Beifall auf der Linken, Lärm auf der Rechten.) — Herzog de Broglie erklärt, der Minister solle sich über die Ernennung des Maire erklären, welcher Anhänger der Kommune sei. (Lärm.) — Der Minister des Innern entgegnet auf Cassagnac's Anklagen, es sei keineswegs erwiesen, daß David Anhänger der Kommune gewesen; der Gemeinderath von Auch habe bloß um das Eintreten auf den Weg der Versöhnlichkeit ersucht, wie viele Andere ja auch gethan hätten. Der Minister giebt nähere Aufschlüsse darüber und fügt hinzu, die Regierung habe sich nicht in die Wahl eingemischt und man werde den Präsidenten der Republik nicht von seinem Ministerium trennen. (Beifall links.) De Cassagnac erklärt, man beschuldige ihn fälschlich, er wolle sich zwischen den Präsidenten und Ministerium drängen. Die Bonapartisten würden bis zur letzten Stunde der Verfassung und dem Marschall gehorchen und ihre Hoffnungen bei Seite setzen, bis der Moment gekommen, wo sie gestattet seien. Die Wahl wird schließlich mit 334 gegen 139 Stimmen für ungültig erklärt.

Italien. Mit dem Poststempel Genua, aber datirt Nizza, 1. Juli und stampilirt: Comitato Nazionale Nizzardo per la rivendicazione di Nizza all'Italia geht der „Nordd. Allg. Ztg.“ die nachstehende wunderliche Zuschrift zu:

„Hochgeehrter Herr Chefredakteur!

Wir bitten Sie dringend, zur Kenntniß unserer deutschen Brüder zu bringen, daß seit den 17 Jahren französischer Herrschaft in Nizza unsere Stadt und Umgegend die italienischen Lieberlebensgenossen, Gefinnungen und Aspirationen intact bewahrt hat. Frankreich, seit 1870 mit Recht des Elsass und Lothringens, welches zwei deutsche Provinzen sind, beraubt, hat mehrere Male den Weltfrieden gefährdet, indem es laut von Revanche, von Zurückgabe und ähnlichen Dingen redete, die nicht darnach angehen sind, das gute Einvernehmen zwischen ihm und Deutschland aufrecht zu erhalten. Wir Nizzarden hingegen, obwohl Italiener reiften Wassers, obwohl Mitbürger Garibaldi's, wurden diesem selbst Frankreich ausgethan, daß sich gegenüber von einem Verfahren nichts wissen will, welches es andern gegenüber selbst zur Geltung bringt. Wir hatten, als man uns alles raubte, Sprache, Geistes, Gewohnheiten, dagegen protestirt, aber ohne jemals Europa zum Zeugen unserer Leiden aufzurufen und ohne jemals das Element der Zwietracht und der Störung des Weltfriedens werden zu wollen. Jetzt aber glauben wir aus unserer langjährigen Zurückhaltung heraustreten zu müssen. Wir sind zu einem Komitee beauftragt Rückgabe Nizza's an Italien zusammengetreten, welches bis heute mehr als 600 Bürger und Patrioten Nizza's zählt. Wir wünschen nun, daß unsere deutschen Brüder, denen Italien es zu

danken hat, wenn es sich gegenwärtig im Besitz seiner Hauptstadt Rom befindet, von unserer Existenz Kunde erhielten und uns in dem Feldzuge, den wir zur Befreiung Nizza's zu eröffnen im Begriff stehen, ermunterten, stärkten und unterstützten. Wir werden in unserem patriotischen Beginnen nicht nachlassen, es sei denn, daß Frankreich auf die Rückgabe von Elsass-Lothringen verzichtete. Da aber ein derartiger Verzicht von Seiten Frankreichs nicht möglich ist, so glauben und hoffen wir zuversichtlich auf die nachhaltige Beihilfe unserer glorieichen deutschen Brüder, denen wir die höchste Hülfe der Macht und des Gedeihens wünschen um des Heils und der Zukunft der Welt willen.“

Das Nizzardische National-Komitee.

Die noch beigefügten Namen und Adresse der Repräsentanten des Komite's in Italien glaubt die genannte Zeitung zunächst noch rückhalten zu müssen, wie sie überhaupt die ganze Rundgebung nur als zeitgeschichtliches Kuriosum ansehen und zur Kenntniß unserer Leser bringen will.

Belgrad. Nach telegraphisch verbreiteten Nachrichten sind drei Journalisten, die Spezialberichterstatter der „Hamburger Nachrichten“, des „Temps“ und des „National“ bei Kruzevaz verundet worden; dieselben sollen sich zu weit bis zum Lager von Alexina vorgewagt und durch serbische Soldaten Schußwunden erhalten haben. Die Verunglückten sind vorläufig nach Kruzevaz transportirt worden. Fürst Brebe, der österreichische Generalkonsul soll sich sehr energisch für sie verwendet haben. Der betroffene Korrespondent des „Temps“ ist Herr v. Coutouly, der sehr begabte, ehrenwerthe Berliner Korrespondent dieses Blattes, der sich in Berlin bereits viele Freunde erworben hatte. — Ein zweites Telegramm der „Post“ aus Pest besagt, daß am 10. um 11 Uhr herum ein heftiger Kampf entbrannte; bestätigt sich dies, so geschähe doch endlich etwas auf diesem wichtigsten Zentralpunkt der serbischen Aggressionen. — Aus Cetinje wird der „Post“ ein Privattelegramm vom 11. d. gesandt, wonach Fürst Nikita von Montenegro die Stadt Gacko mit Sturm genommen habe. Etwas räthselhaft, denn schon im Laufe voriger Woche wurde gemeldet, daß der Fürst in Gacko eingetroffen sei.

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 12. Juli.

— Der **Looschändler Grohmann** in Berlin hat mit Bezeichnung seines Handels als „M. Grohmann's Haupt-Lotterie-Comptoir“ in den Zeitungen $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{4}$ „Antheil-Loose“ der preussischen Staats-Lotterie ausgetheilt. Zur Verhütung von hieraus erwachenden Täuschungen des Publikums weist die kgl. General-Lotterie-Direktion darauf hin, daß Antheillose, wie bezeichnet, nicht von ihr ausgegeben werden und daher niemals echte Loose sein können.

Der pieranier Kirchthumults-Prozess.

Bromberg, 11. Juli. Der Zuhörerraum im Schwurgerichtssaal, der nur gegen Einlasskarten betreten werden darf, ist von einem gewählten Publikum besetzt, worunter natürlich auch eine Anzahl Polen zu bemerken sind. — Auf der Anklagebank haben die 8 Angeklagten Platz genommen. Es sind: der frühere Gutbesitzer Alphons v. Dufzynski aus Glosowo, Wirtschaftsinспектор Joseph v. Uminski aus Bentowo, Rittergutsbesitzer Polikarp v. d. Marwitz aus Waldowen, Wirth Wojciech Haber aus Wolawapewska, Journal Wawryn Kaczmarzki aus Radajewice, Grundbesitzer Kaspar Bodlaczewski aus Pachanie, Maurer Johann Wasielewski von ebenda und der Einwohner Matthias Lewandowski aus Szyfowo. Der Gerichtshof besteht aus dem Kreisgerichtsdirektor Kupffender aus Schneidemühl als Vorsitzendem und den Kreisgerichtsräthen Danielewski, Steuer, Plath und Nolte. Die Staatsanwaltschaft ist vertreten durch Staatsanwalt Bartisch. Als Dolmetscher fungirt v. Gonski und als Gerichtsschreiber Altuar Hollas. Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung mit der Mittheilung, daß mit der heutigen Verhandlung, welche die wichtigste der ganzen Session sei, die gegenwärtige Schwurgerichtsperiode ihren Abschluß finden würde. Es wird nunmehr zur Bildung des Schwurgerichts geschritten, wobei der Vorsitzende bemerkt, daß, da 26 Geschworene anwesend seien und mit den für die gegenwärtige Verhandlung notwendigen 2 Ergänzungsgeschworenen 14 Geschworene gewählt werden müssen, 6 Ablehnungen der Staatsanwaltschaft und 6 der Vertheidigung zuzurechnen. Das Recht der Ablehnung resp. Annahme übernimmt seitens der Vertheidiger Rechtsanwalt Kempner. Hierauf wird die Anklageschrift verlesen, welche im Wesentlichen folgenden Inhalts ist.

Der Propst Kolany in Gr. Murzyno hat das geistliche Amt durch den Oberpräsidenten der Provinz Posen übertragen erhalten und nicht seitens des Diöcesan-Bischofs, dessen die hiesige Diöcese zur Zeit unterbeht. Hieraus hat der Kirchenvorstand Veranlassung genommen, demselben die Herausgabe der heiligen Gefäße zu verweigern. In seiner Verlegenheit wandte sich Kolany an den Propst Brent in Biazki und erhielt von diesem einen gewissen Reich zur Celebration des Gottesdienstes geliehen. Hierüber in der „Gazeta Torunska“ zur Rede gestellt, räumte Brent in einer ebenfalls durch die Zeitungen veröffentlichten Entgegnung die Thatfache des Verleihs des Reiches an Kolany ein und bekannte sich gleichzeitig zur Befolgung der sogenannten Maigesetze. Diesen seinen Standpunkt hielt Brent in einer kurz vor Pfingsten berufenen Versammlung des Kirchenvorstandes aufrecht. Die Folge des Zerwürfisses zwischen Brent und dem Kirchenvorstande war eine gegen ihn gerichtete Agitation der polnisch-ultramontanen Partei, welche sich zunächst in dem gegen früher auffallend schwachen Kirchenbesuche am 1. Pfingstfeiertage offenbarte. Zum 2. Pfingstfeiertage war Propst Brent von dem Propst Ryzak in Pieranie zur Beilegung an dem dortigen Ablassfeste eingeladen. Einige Zeit vorher war Ryzak bei einer Anwesenheit im Hause des Gutbesitzers Hippolyt Dufzynski von dem Gutbesitzer Stanislaus von Ryskowski aus Bankowo angefragt worden, ob er den Propst Kolany zum pieranier Ablass einladen habe. Ryzak hatte dieses verneint, ohne jedoch seine Sympathie für Kolany zu verheimlichen. v. Ryskowski hatte gesprächsweise bemerkt, von dem Geistlichen, welcher das Hochamt abhielte, würde es abhängen, ob sie die Kirche verlassen würden oder nicht. — Am zweiten Pfingstfeiertage hatten sich nun zur Beilegung an der Ablassfeier in Pieranie die Propste Brent, Wirths aus Neu-Grabia und Triburski aus Bafosch eingefunden. Nach der getroffenen Vereinbarung sollte Propst Brent die Prozession führen und das Hochamt celebriren. Die Kirche und der sie umgebende Kirchhof war mit Menschen überfüllt. In einer rechts vom Hochaltar befindlichen Loge hatten der frühere Gutbesitzer Alphons v. Dufzynski aus Glosowo, Joseph v. Uminski und Polikarp v. d. Marwitz Platz genommen. Die vier Geistlichen waren vor dem Hochaltar erschienen. Die Gemeinde hatte unter Begleitung der Orgel den Gesang: „Nicht bendzie pochwalony“ angestimmt, Propst Ryzak hatte den die Monstranz deckenden Vorhang zurückgezogen, um die Monstranz zu berühren und sodann mit derselben die Prozession zu beginnen, als plötzlich die heilige Handlung durch lautes Schreien und Heulen unterbrochen wurde und die bis dahin ruhige Menschenmenge in eine drängende und stoßende Bewegung gerieth. Aus dem sich immer mehr steigenden Tumulte heraus erschall bald auch der Ruf „Feuer“ und trieb die Aufregung der Menschenmenge in der durchweg von Holz erbauten Kirche auf den höchsten Gipfel. Alles drängte nach den Ausgängen. Die auf dem Kirchhofe stehenden Menschen suchten wiederum von außen in die Kirche einzubringen. So wurde der Hauptausgang durch Strom und Gegenstrom der Menschen verstopft

und während mit Arthieben die Eröffnung des einen verschlossenen Thorflügels des Haupteinganges versucht wurde, kletterten die Hintermänner über die Köpfe der Vorderen hinweg in das Freie hinaus. Während der ersten Zeit des Tumults verbarnte Propst Brent in feuernder Stellung vor dem Hochaltar. Propst Ryzak begab sich dagegen, um die Ursache des Tumults zu erfahren, zumal von einem Brande nichts zu bemerken war, durch einen Seitenausgang aus den Kirchhof. Dort trat der Knecht Wojciech Czechowski aus Bentowo an ihn heran und theilte ihm mit, daß es nicht brenne, sondern der Tumult nur deshalb stattfände, weil der Propst Brent vor den Altar getreten sei. Ryzak versuchte nunmehr durch eine hierzu geeignete Ansprache die Menschenmenge zu beruhigen. Er wurde jedoch von vielen fast sämtlich ihm unbekannten Personen umdrängt und inmitten der sich um ihn drängenden und stoßenden Menschenmenge mit fortgerissen. Diese um den Propst Ryzak sich bildende Zusammenrottung von Menschen konnte nicht aus dem Verlangen entspringen, die Kirche und deren nächste Nähe baldmöglichst zu verlassen, sondern er wurde von der treibenden Menschenmenge bis an den Haupteingang fortgetrieben, wobei er einen Schlag mit geballter Faust auf den Kopf erhielt. Der Schläger ist der Knecht Wojciech Kaczmarzki gewesen, welcher sich selbst andern Personen gegenüber dieser That gerühmt hat.

Der zweite, welcher sich durch Thätlichkeiten an Ryzak vergangen hat, ist der Grundbesitzer Casper Bodlaczewski. Ryzak hatte ihn aus der Menge heraus erkannt und ihm zugerufen, warum er solchen Lärm mache. Bodlaczewski erwiderte: „nicht er, sondern die Propste machen Lärm; sie wollten keine deutschen Propste haben“, und packte, als Ryzak ihm die Erwiderung nicht schuldig blieb, denselben vorn an der Gurgel. In diesem Augenblicke war Ryzak bis an den Haupteingang gedrängt worden, ihm gelang es, wiederum Eintritt in die Kirche zu gewinnen. Er bestieg die Kanzel und richtete von da aus nochmals eine Ansprache an die tumultirende Menge. Seine Worte wurden wiederholt durch Rufe unterbrochen. Insbesondere wurde geschrien: „Der Deutsche — er hat seinen Glauben verkauft, er ist Luther, mag er nach Brandenburg gehen.“ — Unter den Schreien that sich namentlich der Maurer Johann Wasielewski hervor. Ryzak erklärte nunmehr den durch den Tumult gestörten und unterbrochenen Gottesdienst für angeheft, verließ Kanzel und Kirche und begab sich nach der nahegelegenen Pfarrwohnung. Hinter ihm rothete sich die Menschenmenge von neuem zusammen und folgte ihm auf dem Fuße unter drohenden Rufen: „laßt ihn nicht in das Pfarrhaus, den Deutschen, er hat sich und uns verkauft, los auf den Deutschen!“ — Auch hier wurde unter den Verfolgern und Schreibern besonders der Maurer Wasielewski bemerkt, so daß sich Propst Ryzak umwandte und ihn nach seinem Namen fragte; Wasielewski antwortete mit: „Katholik.“ Auf die Entgegnung des Propstes Ryzak, auch er sei Katholik, rief Wasielewski: „Du bist nicht Katholik, ich bin es!“ Hierauf erscholl aus der Menge von neuem Rufe: „los auf die Deutschen.“ Endlich erreichte Ryzak die Pfarrwohnung ohne weiter thätlich angegriffen zu werden. — Als Propst Brent inne wurde, daß die Verhinderung des Gottesdienstes, die Menschenmenge zu beruhigen, vergeblich waren, trat er vom Hochaltar weg, entledigte sich der priesterlichen Gewänder bis auf die Soutane und suchte sich ebenfalls den Weg nach dem Pfarrhause hin durch die Menschenmenge zu bahnen. Auch er wurde verfolgt und Rufe ertönten, wie: „O, Verräther, dieser Gauß hat den Deutschen die Kirche verkauft — er will heirathen.“ So gelangte Brent bis zum Pfarrhausgarten. Die bei demselben befindliche Menschenmenge verpörrte ihm den Haupteingang und nöthigte ihn, den entfernten Seiteneingang aufzusuchen. Dort trat aus der Menge ein mit rother Jacke bekleideter Mensch, welcher einen Kolbstock mit Kriechen führte, hervor und drängte sich zunächst dem Brent nach. Als dieser bereits die Eingangstür erreicht hatte, erhob dieser Mensch seinen Stock und faßte mit der Kriechen desselben nach Brent, als wenn er die Abfahrt gehabt hätte, den Propst Brent vor dem Eintritt in das Pfarrhaus in die Menschenmenge zurückzuziehen. Brent wich aber aus und wurde von einer Schwester des Propstes Ryzak in das Hausflur hineingezogen. Derselbe Mensch schlug darauf an die nun verschlossene Thür unter dem Rufe: „Macht auf, oder ich schlage die Thür ein.“ Seiner Thätlichkeiten gegen Brent rühmte er sich mit den Worten: „Dem Hundebut habe ich 2 tüchtige Hiebe gegeben.“ Dieser Mensch war der Angeklagte Matthias Lewandowski.

(Fortsetzung folgt.)

Nachschrift. Das Resultat der heutigen um 8¹/₂ Uhr Abends geschlossenen Sitzung ist das, daß der bis jetzt noch auf freiem Fuß befindliche Angeklagte v. d. Marwitz, trotz des Widerspruchs dreier Vertheidiger verhaftet wird.

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin, 11. Juli. Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 7. Juli.

Aktiva.			
1) Metallbest (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen) das Pfund fein zu 1992 Mt. berechnet	Mt. 542,149,000	Abn.	7,682,000
2) Bestand an Reichsschatzschneide	41,109,000	Abn.	245,000
3) Bestand an Noten anderer Banken	12,926,000	Abn.	2,559,000
4) Bestand an Wechseln	473,175,000	Zun.	16,500,000
5) Bestand an Lombardforderungen	51,294,000	Abn.	6,713,000
6) Bestand an Effekten	190,000	Abn.	432,000
7) Bestand an sonstigen Aktiven	33,561,000	Abn.	3,664,000
Passiva.			
8) das Grundkapital	Mt. 119,996,000	unverändert.	
9) der Reservefonds	12,000,000	unverändert.	
10) der Betrag der umlaufenden Noten	765,507,000	Abn.	12,170,000
11) die sonstigen täglich fall. Verbindlichkeiten	177,339,000	Zun.	8,802,000
12) die an eine Kündigungsfrist gebundenen Verbindlichkeiten	65,774,000	Abn.	524,000
13) die sonstigen Passiva	1,670,000	Abn.	396,000

Die von uns bereits früher in Aussicht gestellte Herausgabe des Zinsfußes der Reichsbank ist gestern, wie bereits telegraphisch gemeldet, mit $\frac{1}{2}$ pCt. erfolgt. Ein vierprozentiger Diskontsatz ist noch immer niedrig. Aber die Erhöhung wäre aus der Kreditbewegung allein und der inneren Position der Bank noch gar nicht nothwendig geworden, wenn nicht ein anderer Moment, der Abfluß unseres Geldes nach dem Auslande, hinzugekommen wäre. Schon in den Ausweisen der Bank von England war es in letzter Zeit auffällig geworden, wie stark dort der Goldschatz answand: das Gold in der Bank von England hatte am Donnerstag schon eine Summe erreicht, die den Betrag von sechshundert Millionen Mark überstieg. Diese Zunahme des Barvorrathes ist aber dem fortwährenden Einströmen vom Kontinente zuzuschreiben, von wo allein in der letzten Woche über sieben Millionen, wie es scheint, zum Theil aus Deutschland nach London gekommen sind. Die Kraft solcher unsere Valuta gefährdenden Bewegung zu brechen, das ist der eigentliche Zweck, welcher die heutige Diskonterhöhung der Reichsbank verfolgt. Denn, wie Eingangs erwähnt, ist die Position der Bank selber keineswegs erschüttert. Im vergangenen Juni Monat sind allerdings außerordentliche Kreditansprüche zu befriedigen gewesen. Dieselben resultirten aber aus dem Monatsultimo und dem gleichzeitigen Semesterverschmel, sowie aus den auf diese Zeit abgehaltenen Wollmärkten; man hatte es hier also mit Erscheinungen zu thun, welche alsbaldig im Juni regelmäßig wiederkehren und ihrer Natur nach nur eine vorübergehende, beschränkte Wirkungskraft ausüben vermögen. Im Juli erfolgt ebenso regelmäßig durch das Rückströmen des Geldes in die Kassen der Bank der verhältnismäßig rasche Ausgleich. Er wird auch in diesem Monate nicht ausbleiben, wenn wir gleich beim Einblid der gestern veröffentlichten Wochenübersicht der Reichsbank vom 7. d. Mt. erkennen müssen, daß er in diesem Jahre zögernder als sonst sich vollziehen wird. Die Kom-

hardbestände sind in der ersten Juliwoche allerding um 61 Millionen gemindert und die Giroeinfagen stiegen um fast 10 Millionen. Aber andererseits ist das Portefeuille doch noch wieder um 16½ Millionen angewachsen. Und so reduziert sich der Geldzufluss der Woche auf einen sehr geringen Betrag. Aber die Notenreserve berechnet sich noch immer auf über 103 Millionen, so daß von einer ernstlich erschütterten Positionen der Bank um so weniger die Rede sein kann, als die vormonatlichen Kreditanträge aufgeführt haben und weitere Geldzuflüsse bevorstehen. Die Discontotheraufhebung wäre daher, wie gesagt, nicht begründet gewesen, wenn sie nicht als Maßregel zum Schutze unserer Valuta sich vernünftigerweise hätte. — Mithinlich der vorhin erwähnten Thatsache, daß in der eben abgelaufenen ersten Juliwoche gegen die gleiche Periode früherer Jahre sich ein auffälliges Minus des Geldzuflusses ergibt, bemerkt der „B. B. C.“, daß diese Erscheinung sich zum Theile jedenfalls daraus erklärt, daß die eingetretene Verzinsung unseres Besitzes an auswärtigen, namentlich österreichischen Effekten auch eine Minderung des Zinsertrages herbeiführen mußte; der Julicompon hat heute nicht mehr dieselbe Bedeutung, wie vormals, als wir große Kapitalien im Auslande angelegt hatten und von dort her dafür die Zinsen bezogen.

Konkurs der Norddeutschen Papierfabrik. Wie der „B. B. C.“ aus Cöslin mitgeteilt wird, hat das dortige Kreisgericht die Konkurs-Anmeldung der Norddeutschen Papierfabrik nicht angenommen, da Berlin der Sitz der Gesellschaft und somit auch das Berliner Stadtgericht das Forum derselben ist. Bisher ist indeß auch seitens des Berliner Stadtgerichts eine Publikation in dieser Angelegenheit nicht erfolgt.

Türkische Finanzen. Man schreibt aus Konstantinopel, 2. d.: „Nach vor einigen Tagen begien wir Hoffnung, daß es der türkischen Regierung, trotz der traurigen Lage ihrer Finanzen dennoch gelingen werde, mit der Imperial-ottoman-Bank ein leibliches Uebereinkommen wegen Einlösung der nun fällig gewordenen Juli-Compons zu treffen, so daß letzterer seinen Besitzern wenigstens einen kleinen Nutzen abwerfen würde. Seitdem aber der Krieg mit Serbien und Montenegro zur Gewissheit geworden, ist uns auch dieser geringe Hoffnungsstrahl abhanden gekommen und nur mit dem größten Bangen blickt unsere Finanzwelt in die Zukunft. Dazu kommt noch der höchst traurige Umstand, daß dieser Krieg eben während der Ernte ausbrechen mußte, so daß die heurigen Zehentabgaben in Bulgarien, Bosnien und der Herzegowina, vielleicht sogar auch in Albanien und Epirus, gänzlich verloren sind. Dies ist ein unberechenbarer Schaden für die türkischen Staatskassen, denen bisher noch immer der Zehent in den erwähnten Provinzen ein großes Erträgnis abgeworfen hat. Man begt daher hier die Ansicht, daß die hohe Pforte gleich nach Beendigung dieses Krieges oder noch während desselben gezwungen sein wird, mit Rumänien wegen Kapitalisierung resp. Ablösung seines Tributes zu unterhandeln, um so eine Summe Geldes in die Hand zu bekommen, um damit die allernothwendigsten Ausgaben decken zu können. Auch die Zolleinnahmen an der serbischen Grenze werden jetzt durch den Krieg einen großen Abbruch erleiden, und das Reich auch so um einen Theil seiner Revenuen bringen.“

Vermischtes.

Königsberg i. Pr., 28. Juni. Einen komischen Verlauf nahm hier kürzlich eine Denunziation wegen Verungeltung falschen Geldes. Das Geldstück, um welches es sich handelte, war ein 20-Meismünzstück. Die blaue Farbe, die fettige Außenseite des Geldstückes ließen dasselbe trotz des vorzüglichen Gepräges sofort als falsch erscheinen, so daß auch ein zu Rathe gezogener renommierter Goldarbeiter ohne Weiteres die Falschheit konstatierte und zwar mit dem Bemerkens, daß auch ein zweites 20-Meismünzstück, welches als ungeweiht bezeichnet wurde, als falsch sei. Und in der That zeigt auch dieses, näher in Augenschein genommen, dieselbe blaue Farbe, dieselbe fettige Außenseite. Das offenbar ganz neue Geprägen der Falsifikation, der Beginn des Jahresmarkts am hiesigen Orte ließen den Verdacht der Falschmünzerei umsomehr gerechtfertigt erscheinen, als sich hier bald herausstellte, daß auch noch ein drittes falsches Geldstück gleicher Sorte zum Vorschein kam, und man annehmen durfte, daß der Jahrmarkt zur Verbreitung des falschen Geldes benutzt werden sollte. Zunächst mußte indeß festgestellt werden, woraus die Falsifikation angefertigt worden. Als zu diesem Behufe die Geldstücke einer Feuerprobe ausgesetzt wurden, mußte der betreffende Goldarbeiter plötzlich erklären, daß alle drei Geldstücke — echt seien. Wahrscheinlich war eins derselben mit Quecksilber in Berührung gekommen und hatte hierdurch die blaue Färbung und die fettige Außenseite erhalten. Beide Eigenschaften hatten sich sehr schnell und ohne daß man dies ahnte, auf die beiden andern Geldstücke übertragen, da dieselben mit dem ersten wiederholt berührt worden waren. — Es wird dieser Vorfall mitgeteilt, um den namentlich in jetziger Zeit so vielfach verbreiteten, vielleicht unbegründeten Gerüchten mit Bezug auf Falschmünzerei entgegenzutreten. Es kann hierbei selbstverständlich nur von Gold-, Silber- und Nickelmünzen die Rede sein, deren Unrecht bald in dem mangelhaften Klang, bald in der bläulichen Farbe, bald an der fettigen Außenseite etc. erkannt wird. Es sind Fälle bekannt, in welchen königliche Behörden 10- und 20-Markstücke als falsch angehalten haben, weil ihr Klang verdächtig erschien. In jedem Falle stellte sich heraus, daß das betreffende Geldstück echt war, einen kaum sichtbaren Bruch und dadurch den natürlichen Klang verloren hatte. Der erwähnte Fall soll lediglich zur Voricht mahnen.

Aus Deutsch-Vohringen, 6. Juli. Ein entsetzliches Grubenunglück hat sich vergangene Nacht in dem Steinkohlenbergwerk „Saar und Mosel“ zu Spittel (Hospital), nahe der preuß. Grenze bei St. Avold ereignet, als gerade die für den Nachdienst bestimmten Mannschaften in den Schacht eingefahren waren. Die „Schr.“ schreibt: Abends 10 Uhr beim Schichtwechsel, ertönte eine fürchterliche Detonation und hohe Flammen schlugen aus der Schachtoffnung. Sofort wurde es Jedem klar, daß schlagende Wetter in der Grube explodiert seien und alle möglichen Rettungsversuche wurden angestellt. Den ausgehenden Lampen nach zu urtheilen, waren 160 Mann in dem 405 Meter tiefen Schacht, und zwar in dem Stollen, St. 5, beschäftigt. Von diesen wurden 35 sofort bei der Explosion oder durch den nachfolgenden Einsturz und ca. 40 (soviel bis jetzt ermittelt ist) stark verletzt. Die Verletzungen sind die gewöhnlich bei schlagenden Wetter vorkommenden Verbrennungen. Zwei Dritttheile der Getödteten sind verheiratet und hinterlassen Witwen und hilflose Waisen. Ueber die Ursache der schrecklichen Katastrophe ist Bestimmtes bis zur Stunde noch nicht ermittelt. Böse Wetter sollen zwar, besonders nach Tagen, an welchen die Arbeit ruhte, in dem Stollen schon längere Zeit bemerkt worden sein, sie traten jedoch stets nur in einem solchen Maße auf, da sie durch Ventilation und Auspuffen immer entfernt werden konnten. Die Vermuthung liegt deshalb sehr nahe, daß das Unglück durch Unvorsichtigkeit eines der Arbeiter entstanden ist. Im Schachte selbst ist nur wenig beschädigt worden, und sind nur dort einige Personen im Fahrdrumme eingeklemmt. Dagegen soll in den Duerstollen die Explosion größere Verwüstungen angerichtet haben.

In der Flora Lotterie fielen vom 10. Juli Mittags 12 Uhr bis 11. Juli Mittags 12 Uhr folgende größere Gewinne: 4 Hauptgewinne (komplette Equipage) Werth 6000 Mark auf Nr. 196, 103, 3erner auf Nr. 2928 Gewinn im Werth von 1500 Mark. 227, 104, 156, 609 Gewinn im Werth von 600 Mark. 57, 172, 13, 812, 224, 455, 197, 570, 6070, 182, 737, 10, 795, 246, 760, 147, 807, 184, 704 Gewinn im Werth von 300 Mark. 163, 107, 229, 214, 192, 643, 127, 822, 13, 171, 682, 187, 231, 136, 591, 20, 119, 194, 890, 141, 079, 16, 138, 53, 464, 59, 320, 81, 663, 187, 186 Gewinn im Werthe von 50 Mark.

Die Heuschreckenplage im teltower Kreise.

Von authentischer Seite geht der „N. B.“ folgende interessante Mittheilung zu: Die Heuschrecken zeigten sich zuerst auf dem Gebiete des Dominium Genshagen und verbreiteten sich von dort aus zunächst nach Wörsdorf und Kersendorf, wandten sich sodann im vorigen Jahre östlich nach Wörsdorf, Gensdorf, theilweise auch nach Plankeuse bei und Mahlow, dann nach Schützendorf und Wittstock, gingen

zunehmend südlich nach Wörsdorf, Werben, Alexanderhof und in den teltow. Kummerdörfer Forst und endlich wieder westlich nach Thurom, Beuten, Sieden, Gröben, Kersdorf, Sputenberg und zum Theil nach Schenkendorf. Das ganze infizierte Terrain erstreckt sich über ca. vier Quadratmeilen. Sämmtliche Bruttstätten sind nun bereits im Anfang d. J. von dem hierzu bestellten Regierungskommissar Oberamtmann Deutlich, der sein Hauptquartier in Kersendorf aufgeschlagen hat, auf das Genaueste ermittelt worden. Es hat sich hierbei herausgestellt, daß allein in Genshagen ca. 1000 Morgen, im Ganzen aber ca. 5-6000 Morgen mit Milliarden von Eiern belegt sind. Das erste Schutzmittel, das man jetzt ergreift, war, daß man Schutzgräben gegen die Saatkelder errichtete, um den Zug der jungen Brut gleich von vornherein etwas zu hemmen und die Vertilgung zu erleichtern. Es zeigte sich bald, daß allein dieses Mittel schon mit großem Erfolge gekrönt war, so ist namentlich Kersendorf, Wörsdorf, Wörsdorf, Gensdorf, Sieden und Beuten dieses Jahr theilweise ganz verschont geblieben. In den Forsten war es leider nicht möglich, derartige Schutzgräben zu errichten; dort hat man die Entwicklung der Natur überlassen müssen und ist nur darauf bedacht gewesen, die Brut, sobald sie die Wälder verläßt und das Feld betritt, sofort in Empfang zu nehmen und zu tödten. Bei einiger Aufmerksamkeit ist diese Tödtung sehr leicht und vollständig zu bewirken. Die Heuschrecken haben nämlich die Angewohnheit, sich Morgens in große Familien zusammenzuziehen, die oft Milliarden umfassen. Dieser Augenblick ist zur Vertilgung der geeignete und um ihn nicht zu verpassen, sind überall auf den betreffenden Terrains Wachen aufgestellt. Haben sich nun die Heuschrecken in derartig große Familien zusammengezogen, so werden sie mittelst einer Gartenpistole, die vorn mit einer feinen Brause versehen ist, mit Petroleumnaptha besprengt, angezündet und sofort getödtet. Schon die ersten Versuche ergaben, daß man mit diesem Verfahren ganz außerordentliche Erfolge zu erzielen im Stande ist, ohne gerade allzugroße Mengen des Naphtas verwenden zu müssen; allerdings ist es erforderlich, hierbei mit der größten Vorsicht zu Werke zu gehen, namentlich muß man sich hüten, mit dem Naptha selbst in zu große Berührung zu kommen, am meisten würde es sich daher empfehlen, sich bei dem Spritzen immer oberhalb Wind zu halten. Haben sich die Heuschrecken über ein Getreidefeld verbreitet, so läßt sich naturgemäß die eben beschriebene Vertilgungsmethode nicht anwenden, ohne das Feld selbst zu zerstören. Man hat sich daher darauf beschränken müssen, die Heuschrecken durch Bespritzen mit reinem Petroleum zu tödten. Wo es sich hat bewerkstelligen lassen, ist man auf Getreidefeldern und auf anderem Terrain mit dem Eintreiben der Heuschrecken in Gräben vorgegangen. Man hat zu diesem Behufe einen Schwaden um die Bruttstätte herum abgemäht, einen Graben gezogen und die Thiere hineingetrieben. Namentlich in Wörsdorf und Sputenberg hat sich dieses Verfahren vortreflich bewährt. Wo man es endlich mit glattem Terrain zu thun hatte, also auf Wägen und auf Brache, hat man mit gleich gutem Erfolge die sogenannten Strauchquetschen angewendet. Diese Strauchquetschen sind in der Weise angefertigt, daß man die Balken einer gewöhnlichen mit den Zinken nach oben geführten Egge mit grünem Kiefernreisig durchflocht und zwar so, daß das Reisig hinter der Egge nachschleifte und eine feste, un durchdringliche, jeden Widerstand überwindende Masse bildet, die überdies mit Sandsäcken beschwert, so fest auf den Boden aufliegt, daß sie alles, was darunter geräth, zertrümmert. Die sonst vielfach empfohlenen Walzen haben sich im teltower Kreise nicht bewährt und einen außerordentlich geringen Erfolge gezeigt.

Nach sachmännlicher Ansicht ist die Gefahr gegenwärtig noch groß, jedoch wird sie sich bewältigen lassen, wenn jeder Betheiligte in vollem Maße seine Schuldigkeit thut. Leider ist dies bis jetzt nicht immer der Fall gewesen. Trotz der vielen Unterweisungen und Belehrungen, die Oberamtmann Deutlich den Interessenten gegeben hat, ist von diesen Vieles bereits arg vernachlässigt worden. Auf einzelnen Feldern des Dominium Genshagen, vor Allem auf den an der Anhalter Bahn gelegenen, haben sich Milliarden von Heuschrecken angesammelt, deren Vertilgung zu den größten Schwierigkeiten gehört. Die Thiere sind sogar den Bahndamm entlang gewandert und haben sich hier bereits so massenhaft ausgebreitet, daß es am letzten Donnerstag nöthig geworden ist, einen Graben quer über den Bahndamm zu ziehen, die Heuschrecken dort hineinzutreiben und zu verbrennen.

Außer im teltower Kreise haben sich bis jetzt in der ganzen Umgebung Berlins nur noch auf dem General-Feldmarschall Freiherren von Manneuff gehörigen Rittergute Topper im teltower Kreise Heuschrecken in größerer Menge gezeigt. Alle in andern Ortschaften aufgefundenen Heuschrecken haben sich später als einfache „Sprengel“ entpuppt, die zufällig in diesem Jahre äußerst zahlreich auftraten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Würzburg, 11. Juli. Kaiser Wilhelm hat heute Vormittag die Sehwürdigkeiten der Stadt, darunter die Residenz des Königs und den Dom besichtigt und ist nach 1 Uhr nach Baden-Baden abgereist.

Paris, 10. Juli. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer beantragte der Deputirte Raspail, daß das „Journal officiel“ die Namen sämmtlicher Mitglieder der Kommune, welche begnadigt wurden veröffentlichte und verlangte die Annahme der Dringlichkeit für seinen Antrag. Letztere wurde abgelehnt. Morgen soll das Munizipalgesetz berathen werden.

Rom, 10. Juli. In der Sitzung des Senats zeigte der Senator Mamiani an, daß er demnächst eine Interpellation in Betreff der orientalischen Angelegenheiten an die Regierung richten werde. Dieselbe wurde auf morgen festgesetzt. Sodann begann das Haus die Berathung des Gesetzesentwurfs über die Freihafen. Der Bericht der Kommission über diese Vorlage beantragt die Ablehnung derselben.

Wien, 11. Juli. Die „Presse“ meldet aus Zara: Zufolge der Reichstädter Abmachungen wurde der Hafen von Aled von heute an für die Ausfahrungen türkischer Truppen gesperrt.

Ragusa, 11. Juli. Aus türkischer Quelle wird gemeldet: Bei Bodgoriza fand ein Gefecht zweier Bataillone der regulären türkischen Truppen und Freiwilligen von Hoti, Bodgoriza, Scutari und Castrati gegen 5000 Montenegriner statt. Der Feind wurde aus seinen Befestigungen vertrieben, mit Verlust von 400 Todten und ebensoviel Verwundeten, darunter an 30 Offizieren. Auf dem Schlachtfelde wurden Waffen, Munition und montenegrinische Offiziersabzeichen aufgesammelt. Der Türkenverlust beträgt 11 Todte und 25 Verwundete.

(Wiederholt, weil nicht in allen Exemplaren der heutigen Morgennummer enthalten.)

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 11. Juli. Die Frankfurter Bank erhöht von morgen an den Diskont auf 4 pCt. Bei lebhaftem Geschäft österreichische Spekulationspapiere, Bahnen und Renten höher.
[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 205. 05. Pariser Wechsel 81.00. Wiener Wechsel 159. 50. Böhmische Westbahn 145. Elisabethbahn 121. 1/2. Galizier 162. 1/2. Franzosen 220. Lombarden 66. Nord-

*) per medio resp. per ultimo.

westbahn 102. 1/2. Silberrente 55. 1/2. Papierrente 52. 1/2. Russ. Boden-kredit 84. 1/2. Russen 1872 92. 1/2. Amerikaner 1885 102. 1/2. 1860er Loose 98. 1/2. 1864er Loose 248. 00. Kreditaktien 121. Oester Nationalbank 693. 00. Darmst. Bank 105. 1/2. Berliner Bankverein 83. 1/2. Frankfurter Wechselbank 79. 1/2. Deutsche Bank 91. 1/2. Meiningen Bank 77. 1/2. Hess. Ludwigsbahn 98. 1/2. Oberhessen 73. Ung. Staatsloose 138. 50. Ung. Schatzanw. alt 77. 1/2. do. do. neue 75. 1/2. do. Ostb.-Obl. II. —. Centr.-Pacif. 93. 1/2. Reichsbank 154. 1/2.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 119. 1/2, Franzosen 220, Lombarden 65. 1/2. 1860er Loose —, Galizier —.

Wien, 11. Juli. Schwanfend. Spekulationswerthe eher matter, Devisen und Goldstücke auf drängendes Angebot der Spekulation meißend, Bahnen schwach. Renten fest.

[Schlußkurse.] Papierrente 66. 20. Silberrente 69. 50. 1854er Loose 107. 25. Nationalbank 878. 00. Nordbahn 1842. Kreditaktien 151. 20. Franzosen 277. 00. Galizier 204. 50. Kasch.-Oderb. 91. 50. Pardubitzer —. Nordwestb. 130. 00. Nordwestb. Lit. B. —. London 129. 50. Hamburg 62. 50. Paris 50. 85. Frankfurt 62. 50. Amsterdam 106. 25. Böhm. Westbahn —. Kreditloose 156. 00. 1860er Loose 110. 90. Lomb. Eisenb. 84. 00. 1864er Loose 130. 20. Unionbank 57. 50. Anglo-Austr. 72. 50. Napoleons 10. 28. 1/2. Dufaten 6. 03. Silbercoup. 100. 90. Elisabethbahn 154. 00. Ungar. Präm. 71. 70. D. Kassbnt. 63. 10.

Türkische Loose 18. 00.

Paris, 10. Juli. Boulevard-Verkehr. Anleihe de 1872 105. 95, Türken de 1865 10. 95, Spanier extér. —, Egypter 198. 75. Peruaner —.

Paris, 11. Juli. Fest und belebt. Schluß etwas schwächer.

[Schlußkurse.] 3proz. Rente 68. 47. 1/2, Anleihe de 1872 106. 02. 1/2, Italienische 5proz. Rente 70. 22. 1/2, do. Tabaksaktien —, do. Tabaksobligationen —, Franzosen 543. 75, Lombard. Eisenbahn-Akt. 165. 00, do. Prioritäten 230. 00, Türken de 1865 11. 20, do de 1869 62. 00, Türkenloose 37. 00.

Credit mobilier 146, Spanier extér. 13. 1/2, do. intér. 12. 1/2, Suezkanal-Aktien 650, Banque ottomane 345, Société générale 518, Credit foncier 708. Egypter 198. — Wechsel auf London 25. 33.

London, 11. Juli. Nachm. 4 Uhr. Konfols 94. 1/2. Italien. 5proz. Rente 69. 1/2. Lombarden 6. 1/2. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte 8. 1/2. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue —. 5proz. Russen de 1871 88. 4. 5proz. Russen de 1872 88. Silber 47. 1/2. Türk. Anleihe de 1865 10. 1/2. 5proz. Türken de 1869 11. 1/2. 6proz. Vereinigt. St. pr. 1885 105. 1/2. do. 5proz. fund. 107. Oesterreich. Silberrente —. Oesterreich. Papierrente —. 6proz. ung. Schatzbonds 79. 6proz. ungarische Schatzbonds II Emiff. 78. 1/2. 5proz. Peruaner 14. 1/2. Spanier 13. 1/2.

Platzdiskont —. In die Bank flossen heute —. Pfd. Sterling. Wechselnotirungen: Berlin 20. 70, Hamburg 3 Monat 20. 70, Frankfurt a. M. 20. 70. Wien 13. 25. Paris 25. 45. Petersburg 29. 1/2.

New-York, 10. Juli. Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchste Notirung des Goldagio 11. 1/2, niedrigste 11. 1/2, Wechsel auf London in Gold 4 d. 89 C. Goldagio 11. 1/2. Bonds per 1885 116. 1/2. do 5proz. fundirt 117. 1/2. Bonds per 1887 119. 1/2. Erie-Bahn 14. 1/2. Central Pacific 107. New-York Centralbahn 107. 1/2.

Produkten-Course.

Danzig, 11. Juli. Getreide-Börse. Wetter: warm, ab und zu bezogene Luft. Wind: N.

Weizen loco fehlte es am heutigen Markte gänzlich an Kaufkraft und erst nachdem Verkäufer sich entschlossen 1-2 M. pr. Tonne weniger gegen vorige Woche zu nehmen, konnten erst nach Schluß der Börse 63 Tonnen hellfarbiger 128 Pfd. Weizen zu 203 und 205 M. pr. Tonne verkauft werden. Termine stille. Juli-August 203 M. pr., 201 M. pr., September-Oktober 202 M. pr., 201 M. pr., Oktober-November 201 M. pr. bez. Regulirungspreis 202 M. pr. Getreidmarkt — Tonnen.

Roggen loco ohne Handel. Termine ohne Angebot, September-Oktober 153 M. pr., Oktober-November — M. pr. Regulirungspreis 160 M. pr. — Rübsen loco wenig zugeführt. 15 Tonnen wurden verkauft und ist dafür 280 M. pr. für ein Partiechen extra trocken auch schon 281 M. pr. Tonne bezahlt. Termine August-Septbr 285 M. pr., 283 M. pr., September-Oktober 288 M. pr., 285 M. pr. — Raps Termine September-Oktober 289 M. pr. bezahlt.

Adin, 11. Juli. Nachmitt. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 22. 00, fremder loco 22. 50, per Juli 19. 10, 10. 20, 10. Roggen, hiesiger loco 17. 00, per Juli 14. 15, per Nov. 15. 10. Hafer loco 19. 00, per Juli 17. 65. Rübsl, loco 34. 50, per Oktober 33. 30.

Hamburg, 11. Juli. Nachm. Getreidemarkt. Weizen loco und auf Termine flau. Roggen loco und auf Termine flau. Weizen pr. Juli 196 Br., 195 Br., pr. September-Oktober pr. 1000 Kilo 2.2 Br., 201 Br. — Roggen pr. Juli 151 Br., 150 Br., pr. September-Oktober pr. 1000 Kilo 154 Br., 153 Br. Hafer ruhig. Gerste leblos. Rübsl still, loco 66, pr. Oktbr. pr. 200 Pfd. 63. Spiritus matt, pr. Juli 36. 1/2, pr. Juli-August —, pr. August-Sept. 37, September-Oktober pr. 100 Liter 100 pCt. 39. Kaffee ruh., Umsatz 3500 Sack. Petroleum anim., Standard white loco 13. 50 Br., 13. 40 Br., pr. Juli 13. 40 Br., pr. August-Dezember 14. 00 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 11. Juli. Produktenbericht (Schlußbericht). Weizen matt, pr. loco —, pr. Juli 26. 75, pr. August 27. 00, pr. Sept.-Dezbr. 27. 50. Roggen ruhig, pr. Juli —, pr. Juli-August —, pr. Sept.-Dezbr. —. Mehl matt, pr. Juli 58. 50, pr. August 59. 50, pr. Sept.-Dezember 61. 50. Rübsl ruh., pr. Juli 77. 25, pr. August 77. 75, pr. Sept.-Dezbr. 79. 25, pr. Januar-April 80. 50. Spiritus fest, pr. Juli 44. 25, pr. Septbr.-Dezbr. 46. 50.

Glasgow, 11. Juli. Roheisen. Mixed numbers warrants 56 Sch. — D. Die Verschiffungen der letzten Woche betrugen 7000 Tons gegen 13,200 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Bremen, 11. Juli. Nachmittags. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 13. 80, pr. Juli —, pr. Aug. 14. 00, pr. Sept.-Dez. 14. 50. Höher.

Antwerpen, 11. Juli. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen ruh. Roggen vernachl. Hafer stetig. Gerste ruhig. Petroleummarkt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 34 bez., 34 1/2 Br., pr. Juli 34 bez., 34 1/2 Br., pr. August 34 bez., 34 1/2 Br., pr. September 34 bez., 35 Br., pr. September-Dezember 34 bez., 35 Br. Steigend.

Manchester, 11. Juli. 12r Water Armitage 7. 1/2, 12r Water Taylor 7. 1/2, 30r Water Nicholls 8. 1/2, 30r Water Giblow —, 30r Water Clayton 10. 1/2, 40r Mule Mayall 9, 40r Med. Wilkison 11. 1/2, 30r Warpeps Qualität Romland 10. 1/2, 40r Double Weston 11, 60r Double Weston 14. 1/2, Printers 1. 1/2, 1. 1/2, 8. 1/2 pfd. 99. Markt ruhig.

Liverpool, 11. Juli. Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht). Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 1500 B. Gefragter, stetig. Antinfte 1/2 d. besser.

Middl. Orleans 5. 1/2, middl. amerikanische 5. 1/2, fair Dhollerah 4. 1/2, middl. fair Dhollerah 4, good middl. Dhollerah 3. 1/2, middling Dhollerah 3. 1/2, fair Bengal 3. 1/2, good fair Broach —, new fair Domra 4. 1/2, good fair Domra 4. 1/2, fair Madras 3. 1/2, fair Pernam 6. 1/2, fair Smyrna 5. 1/2, fair Egyptian 5. 1/2. Upland nicht unter low middling August-September-Lieferung 5. 1/2 d.

New-York, 10. Juli. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11. 1/2, do. in New-Orleans 11. 1/2. Petroleum in Newyork 16. 1/2, do. in Philadelphia 16. 1/2. Mehl 5 d. 00 C. Rother Frühjahrsweizen 1 d. 26 C. Mais (old middl) 57 C. Zucker (fair Westing Muscovados) 8. 1/2. Kaffee (Rio) 17. 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 11. 1/2 C. Spec (short clear) 11 C. Getreidefracht 6. 1/2.

Berlin, 11. Juli. Wind: NW. Barometer: 28,3. Thermometer: + 17° R. Bitterung: bedeckt.

Breslau, 11. Juli. [Amtlicher Produktenbörsen-Report.] — Roggen (per 2000 Pfd.) ermattend, gekünd. — Str., abgel. Kündi=

Fonds- u. Aktien-Börse.	Domm III. rz.100 5	100,30 bz
	Pr.B.G. Sp.Br.f.d. 5	100,00 G

Consol.-Anleihe	4½	104,75	b3	do. unſ. rückz.	110	5	107,50	b3
Staats-Anleihe	4	98,30	b3	do. (1872 u. 74)	4½	4½	98,50	b3
	21	24,00	b3	do. (1872 u. 73)	5	5	101,50	b3

Deutsche Bonds.	Amsterb. 100 fl. 8 S
do. 55 a 100th 34 130.50 64	do. 109 fl. 1 M.
	Londen 1 Pftr 8 S

do. 35fl. Obligat.	—	134,69	fl.	Big. Btpl. 100 fl. 8 L.
Sair. Präm. Anl.	4	120,30	fl.	do. do. 100 fl. 2 M.
do. 20 fl. 2		88,50	fl.	

Marktpreise in Breslau am 11. Juli 1876.

der städtischen Markt= Deputation.	Höch= ster.	Nie= driagt.	Höch= ster.	Nie= driagt.	Höch= ster.	Nie= driagt.
---------------------------------------	----------------	-----------------	----------------	-----------------	----------------	-----------------

Stettin, 11. Juli. (Amtlicher Bericht.) Wetter: bewölkt. + 18° R.
Barom. 28.5. Wind: West. Weizen flau, per 1000 Rilo loco gelber

entralbt. f. Bauten	4	17,00 B	Phönix B.-A. Lit. B.	4	34,00 G
entralbt. f. Ind. u. G.	4	61,50 bz G	Redenhütte	4	3,00 bz G

deutsche Bank	2	79,90 B	Eisenbahn-Stamm-Aktien.		
do. Genossensch	4	87,00 B 90 G	Nachn. Westf. Rht	4	20,40 bz
do. Ann.-Bank	4	91,75 B			

isconto: Comm.	1	107,25	107,00	Berlin-Anhalt	3	111,10	b ₃
do. Prov.=Discont	4	79,10	8	Berlin-Dresden	5	15,70	b ₃
				Berlin-Görlitz	4	37,25	b ₂

ds. Hypothekenbör.	4	99 50	⊗	Münster-Hamm	4	97,50	⊗
Niedersächsischer Bank	4	83 00	⊗	Niederschles.-Märktisch	4	98,50	⊗
				Niederschles.-Leipziger	4	92 50	⊗

Posterr. Credit	4								
Deutsche Bank	4	91,60	6						
Preuss. Südbahn	4								

Industrie-Actien.				
Brauerei Vahnenbofer	4	102,00	G	
Gotthard-Bahn	6	43,25	B	
Rasthan-Oderberg	5	34,60	G	

utsch. Eisenb., Bau.	2	12,50	b ₃	3	38,07	b ₃	
tsch. Stahl u. Eisen	4			Oberhess. v. St. gar	3½	73,00	b ₃
unverarbeitete	4	10,00	B	Deutr. frz Staatsbahn	4		

do. Spritfabrik	4	33,75	h	3	Eisenbahn-Stammprioritäten
arienhütte Bergw.	4	69,00	B		
					Altenburg-Zeip
				5	101,00 h

tennd	4	8 00	3	Breslau-Warschau	5	18,40	b3
önir B.-N. Lit. A	4	51 75	3	Chemn.-Aug.-Hof	5	22 60	b3

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

11. Juli	Nachm. 2	27" 11" 39	+ 14° 8	NW 0-1	bedeckt, Ni.
11. "	Abnd 8. 10	27" 11" 77	+ 13° 6	NW 0-1	trübe, Cu., Ni.

mender Geschäftsthätigkeit nur wenig ab. Per Juli Franzosen 4

Eisenbahn - Prioritäts- Obligationen.	Rheinische do. v. St. gar. 3½	93,00 bz
--	----------------------------------	----------

do.	do.	II. 5	97,40	⊗	do.	v. 1869	4	99,00	⊗
do.	do.	III. 5	97,00	⊗	do.	1869, 71, 73	5	103,10	⊗
era. smärliche		I. 4			do.	v. 1874	5	103,30	⊗

berlin-Görlitz	5	102,30 bz	Ö	Desterr.-Franz. Stab.	3	303,00 bz	
do.	4½			do. Ergänzungsb.	2	291,00 bz	Ö

Do.	Do.	III	5	104,20	B	Desterr. Nordwestb.	5	67,30	h
erl. Potsd.	M. A. B	4		93,50	B	Dest. Nordwestb. Litt. B.	5	52,00	h
Do.	Do.	C	4	91,25	h				

		SUBTOTAL	\$0.00
--	--	----------	--------